

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 5

vom 3. Februar 2012
Redaktion: Katja Richardt

Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Neue Regelungen zur Auswahl von Pflegefamilien	2
750.000 Euro für die Anerkennung ausländischer Abschlüsse	3
Hamburger Inklusionsbüro für mehr Miteinander in unserer Gesellschaft	4

Gesundheit und Verbraucherschutz

Schmallenberg-Virus: Erstmals vier bestätigte Fälle in Hamburg	6
--	---

Inneres

Jahresbilanz 2011 der Ausländerbehörde: Zahl der Asylbewerber steigt	7
--	---

Schule, Jugend und Berufsbildung

Schulentwicklungsplan 2012 beschlossen: Deputation bestätigt Vorschläge der Schulbehörde	10
Programm „Fit durch die Schule“ wird fortgesetzt	13

Kultur

Kreativ Gesellschaft vermittelt Flächen im ehemaligen Finanzamt Altona	15
Nordländer machen sich gemeinsam stark für die Kreativwirtschaft	16
Elbphilharmonie: Landgericht Hamburg erklärt Klageantrag für zulässig	18

Zur Information

Terminkalender	19
----------------------	----

30. Januar 2012/basfi30

Neue Regelungen zur Auswahl von Pflegefamilien

Sozialsenator Scheele zieht strukturelle Konsequenzen aus dem Fall Chantal

Am heutigen Montag hat Sozial- und Familiensenator Detlef Scheele neue Regelungen für die Vermittlung von minderjährigen Kindern und Jugendlichen in Pflegefamilien angeordnet, die mit sofortiger Wirkung bis auf Weiteres gelten. Bevor die zuständigen Bezirke eine geeignete Pflegefamilie auswählen können, müssen angehende Pflegeeltern und alle Hausangehörigen künftig nicht nur ein Führungszeugnis, sondern auch ein Gesundheitszeugnis vorlegen, damit die Behörden Suchterkrankungen und andere relevante Krankheiten zweifelsfrei ausschließen können.

„Mit diesen Maßnahmen möchte ich zunächst sicherstellen, dass sich der Tod eines Kindes in einer Hamburger Pflegefamilie nicht wiederholt“, betont **Familiensenator Detlef Scheele**. Die Jugendämter in den Bezirken sind angewiesen, künftig verstärkt präventiv zu arbeiten, damit es nicht gar nicht erst dazu kommen kann, dass ein Kind bei drogenabhängigen Pflegeeltern aufwächst.“

Künftig müssen angehende Pflegeeltern ein Führungszeugnis vorlegen, das im Rahmen einer so genannten Eignungsfeststellung (§ 33 SGB) nicht nur auf einschlägige Straftaten wie Gewalt gegen Kinder oder Kindesmissbrauch hin überprüft werden soll, sondern auf alle Straftaten, die bis dahin vorliegen. Jeder Eintrag in ein Führungszeugnis ist somit künftig ein Ausschlusskriterium für Pflegeeltern, die ein Kind bei sich aufnehmen wollen. Eine weitere verbindliche Voraussetzung für angehende Pflegeeltern und deren Hausangehörigen ist der Nachweis eines aktuellen Gesundheitszeugnisses, das auch einen Drogentest beinhaltet, den die Gesundheitsämter der Stadt durchführen. Die Kosten für diese Drogentests übernimmt die Sozialbehörde.

Darüber hinaus hat Senator Scheele die Bezirke der Freien und Hansestadt Hamburg dazu aufgefordert, ihre jeweiligen Jugendämter anzuweisen, alle 1300 Hamburger Pflegefamilien und deren Hausangehörigen bis zum 15. Februar 2012 genau zu überprüfen, ob Hinweise auf Suchterkrankungen und/oder Straftaten vorliegen. Sozialsenator Scheele bittet alle Hamburger Pflegeeltern, die hervorragende Arbeit leisten, um Verständnis für diese Maßnahmen. Außerdem beabsichtigt die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) die bestehenden Regelungen zum Pflegewesen in Hamburg detailliert zu überprüfen und konkreter zu fassen.

Für Rückfragen der Medien

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
Hamburger Straße 47 | 22083 Hamburg |
Pressestelle | Nicole Serocka
T +49 40 428 63- 2889 | F +49 40 428 63 - 3849 |
pressestelle@basfi.hamburg.de | www.hamburg.de/basfi

30. Januar 2012/basfi30a

750.000 Euro für die Anerkennung ausländischer Abschlüsse

Senator Scheele will 3.000 qualifizierte Migranten ins Erwerbsleben integrieren

Hamburg ist beim Thema „Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen“ Vorreiter unter den Bundesländern. Die Zentrale Anlaufstelle Anerkennung unterstützt seit 2010 Migrantinnen und Migranten in Hamburg, damit ihre ausländischen Abschlüsse anerkannt werden. Das Projekt gehört zu den erfolgreichsten ESF-Angeboten und wird jetzt bis Dezember 2013 verlängert, die Anzahl der Mitarbeiter erhöht.

„Das können wir uns nicht länger leisten: In Hamburg leben immer noch Tausende Fachkräfte, etwa Pflegerinnen und Ärzte, Pädagogen und Ingenieure mit Migrationshintergrund, die als Haushaltshilfen oder Taxifahrer arbeiten. Ihre eigentlichen Berufe können sie nicht ausüben, weil die im Heimatland erworbenen Abschlüsse offiziell nicht anerkannt sind“, sagt Arbeits- und Sozialsenator Detlef Scheele. Deshalb sei jetzt beschlossen worden, die Zentrale Anlaufstelle Anerkennung weiter finanziell zu unterstützen - und zwar bis zum 31. Dezember 2013. Das Projekt, das beim Diakonischen Werk Hamburg angesiedelt ist, ist eines der erfolgreichsten Angebote, die vom Europäischen Sozialfonds (ESF) und der Freien und Hansestadt Hamburg gefördert werden. Seit 1. Oktober 2010 informiert und berät die Anlaufstelle über die Möglichkeiten, wie im Ausland erworbene Berufsabschlüsse und –qualifikationen hierzulande anerkannt werden. Inzwischen haben bereits rund 800 Migrantinnen und Migranten aus mehr als 90 Ländern das Angebot genutzt. „Bis Ende 2013 sollen es rund 3.000 Frauen und Männer sein, die sich von der Erstanlaufstelle beraten lassen, um dann möglichst auch in ihren erlernten Berufen arbeiten zu können“, sagt Scheele und betont: „Wir reden nicht nur von Integration, sondern wir handeln auch entsprechend. Diese Form der Integration ins Erwerbsleben kann auch dazu beitragen, dass keine Parallelgesellschaften entstehen.“ Die Kosten für das drei Jahre andauernde Projekt liegen bei insgesamt knapp 750.000 Euro und werden je zur Hälfte vom ESF und der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration übernommen. Mehr Informationen über die Zentrale Anlaufstelle Anerkennung: anlaufstelle-erkennung.de, mehr über den ESF: esf-hamburg.de.

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, ESF-Öffentlichkeitsarbeit

Nora Obenaus, Tel: 040 – 42863-3959

Claudia Hillebrand, Tel: 040 – 42863-3162

E-Mail: esf-pr@bwa.hamburg.de

01. Februar 2012/basfi01

Hamburger Inklusionsbüro für mehr Miteinander in unserer Gesellschaft!

„Hamburg setzt ein deutliches Zeichen zur Umsetzung der UN Konvention über die Rechte behinderter Menschen!“ Mit diesen Worten kündigt Ingrid Körner, die Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen, die Einrichtung des Hamburger Inklusionsbüros an.

Mit der Ratifizierung durch Bundestag und Bundesrat ist in Deutschland die UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen Teil des nationalen Rechts in allen Lebensbereichen geworden. Auch der Stadtstaat Hamburg muss in den kommenden Jahren engagiert an der Umsetzung der Konvention arbeiten. „Senat und Bürgerschaft haben sich zur Umsetzung verpflichtet und bereits entsprechende Beschlüsse gefasst“, so Körner.

„Inklusion ist aber noch nicht im Alltag bei allen Menschen in unserer Stadt angekommen. Erst eigene Erfahrungen und praktische Beispiele über Wohnen in der Nachbarschaft, gemeinsames Erleben von Menschen mit und ohne Behinderung bei Sport, Kultur und am Arbeitsplatz führen zu wirklicher Akzeptanz“, unterstreicht die Senatskoordinatorin. „Die Umsetzung der UN Konvention ist eine Riesenaufgabe!“ Dazu soll das neue Hamburger Inklusionsbüro einen Beitrag leisten. Es wird Projekte und Initiativen zur Inklusion in Hamburg anstoßen, Bewusstseinsbildung in der Zivilgesellschaft fördern und Lösungsbeispiele bekannt machen. Die vielfältigen Aktivitäten in Hamburg sollen noch stärker vernetzt werden. Organisatorisch ist das Büro als Projekt für drei Jahre beim Stab der Senatskoordinatorin angesiedelt.

Sozialsenator Detlef Scheele unterstützt ausdrücklich die Initiative der Senatskoordinatorin. „Das Hamburger Inklusionsbüro wird ein wichtiger Baustein auf dem Weg zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und des Hamburger Aktionsplans sein“, betont er.

Ingrid Körner: „Bewusstseinsbildung im Sinne der UN-BRK ist das zentrale Thema des Hamburger Inklusionsbüros. Ich freue mich, dass wir mit Thomas Bösenberg als neuen Leiter des Inklusionsbüros einen Experten gewinnen konnten, der sich in den letzten Jahren stark für Menschen mit Behinderungen in Hamburg eingesetzt hat.“

Thomas Bösenberg erklärte zu seiner Berufung: „Die UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen hat einen Perspektivwechsel hin zur umfassenden und uneingeschränkten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben jedes Einzelnen eingeleitet. Zur Umsetzung in Hamburg werde ich gern einen Beitrag leisten.“

Für Rückfragen der Medien:

**Senatskoordinatorin für die Gleichstellung
behinderter Menschen**

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Frauke Prenzler

Tel.: 040 - 42863-5723,

E-Mail: frauke.prenzler@basfi.hamburg.de

03.02.2012/bgv03

Schmallenberg-Virus: Erstmals vier bestätigte Fälle in Hamburg

Auch in Hamburg wurden bei Schafen und Heidschnucken die ersten Infektionen mit dem so genannten „Schmallenberg-Virus“ festgestellt. Untersuchungen des Friedrich-Loeffler-Instituts (FLI) bestätigten den Verdacht bei vier missgebildeten Lämmern.

Erkrankungsfälle bei Schafen, Ziegen und Rindern wurden über das nationale Tierseuchennachrichtensystem bereits aus zehn anderen Bundesländern (Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen) in damit insgesamt 240 Betrieben gemeldet. Auch in den Niederlanden, Belgien, Frankreich und Großbritannien wurde das Virus nachgewiesen. Die in Hamburg betroffenen Lämmer stammen aus zwei Schafherden aus Bergedorf bzw. Harburg.

Das Virus, das nach derzeitigem Kenntnisstand für Menschen ungefährlich ist, wird durch bisher nicht genau identifizierte Vektoren (wie z.B. blutsaugenden Mücken) übertragen und führt bei erwachsenen Rindern, Schafen und Ziegen in der Regel nur zu leichten Erkrankungssymptomen. Aufgrund der Witterung ist momentan eine Übertragung durch Mücken auszuschließen, deshalb gehen Fachleute vorerst nicht von Neuinfektionen aus. Werden die Tiere jedoch in einer bestimmten Phase der Trächtigkeit infiziert, können Schäden in Form von Totgeburten oder Missbildungen auftreten. Es ist deshalb davon auszugehen, dass Rinder, Schafe und Ziegen, die im Spätsommer und Herbst des vergangenen Jahres während der Trächtigkeit eine Infektion durchgemacht haben, weitere tote oder missgebildete Lämmer bzw. Kälber gebären werden. Impfstoffe gegen die Infektion stehen noch nicht zur Verfügung.

Am Institut für Hygiene und Umwelt (HU), einer Einrichtung der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz, ist das Nachweisverfahren für das Schmallenberg-Virus inzwischen etabliert, so dass zukünftig Verdachtsfälle auch in Hamburg untersucht werden können. Neben den vier vom FLI bestätigten Hamburger Fällen liegen vier weitere Verdachtsfälle zur Untersuchung im HU vor. Sieben abgeschlossene Untersuchungen von totgeborenen Lämmern brachten keinen Virusnachweis.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332
E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv;

30. Januar 2012 / bis30

Jahresbilanz 2011 der Ausländerbehörde: Zahl der Asylbewerber steigt

Innensenator Michael Neumann: „Hamburg braucht leistungsfähige Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge“

1. Einreise und Aufenthalt von Flüchtlingen

Im Jahr 2011 ist die Zahl der Asylanträge bundesweit im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der erneuten bundesweiten Zunahme der Asylbewerber von 41.332 auf 45.741 gestiegen. Da Asylbewerber nach einem Schlüssel auf die Bundesländer verteilt werden, ist auch der auf Hamburg entfallende Anteil gestiegen. Dazu **Hamburgs Innensenator Michael Neumann**: „Die steigende Zahl von Flüchtlingen zeigt, dass Hamburg eine leistungsfähige Erstaufnahmeeinrichtung benötigt. Wegen der begrenzten Unterbringungsmöglichkeiten in Hamburg ist die Fortführung der Zusammenarbeit mit Mecklenburg-Vorpommern nach wie vor eine Option.“

Von den 3.791 im Jahr 2011 in Hamburg asylsuchenden Personen wurden 2.245 Personen anderen Bundesländern zugewiesen, 1.546 Personen verblieben in Hamburg (im Jahr 2010 waren es 1.378 Personen).

Die 1.546 Hamburg zugewiesenen Asylsuchenden stammen u.a. aus folgenden Hauptherkunftsländern, im Vergleich dazu jeweils die Gesamtzahl der Asylsuchenden:

Hauptherkunftsländer	Zahl der Personen			
	2011		2010	
	Ins-ge-samt	Ver-bleib in Ham-burg	Ins-ge-samt	Ver-bleib in Ha-mb-urg
Afghanistan	1.730	767	1.484	577
Iran	405	111	296	65
Serbien	221		328	148

		106		
Mazedonien	117	80	423	225
Irak	221	71	89	42

Im Jahr 2011 hat es erneut einen Anstieg der Flüchtlinge aus Afghanistan, Iran und Irak gegeben. Der vom Balkan stammende Personenkreis ist gegenüber dem Vorjahr deutlich zurückgegangen.

Zum Stand 31.12.2011 befanden sich 1.293 Personen in einem laufenden Asylverfahren, im Vorjahr waren es 919 Personen.

Ist das Asylverfahren durch ablehnenden Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge vollziehbar abgeschlossen und gerichtlich bestätigt worden, sind die Betroffenen zur Ausreise verpflichtet. Kann die Ausländerbehörde diese Verpflichtung nicht durchsetzen, weil z.B. die notwendigen Heimreisedokumente fehlen, wird der Aufenthalt bis zur Beseitigung des Abschiebungshindernisses geduldet. Am 31.12.2011 waren 4.069 Personen als Inhaber einer Duldung erfasst, im Vorjahr waren es 4.112.

2. Bleiberecht

Mit dem im Jahr 2005 in Kraft getretenen Aufenthaltsgesetz wurden die rechtlichen Möglichkeiten erweitert, ein Aufenthaltsrecht aus humanitären Gründen zu gewähren.

Im Jahr 2011 sind 718 positive Entscheidungen, die auf verschiedenen Rechtsgrundlagen beruhen, getroffen worden, im Vorjahr waren es 1.148 positive Entscheidungen. Der Rückgang der Zahl der erteilten Aufenthaltserlaubnisse beruht auf der großen Zahl der in den Vorjahren beschiedenen Anträge und der Tatsache, dass es aktuell keine Altfallregelung gibt.

Zu den in 2011 getroffenen Entscheidungen zählen auch 15 Personen, für die die Härtefallkommission ein positives Votum abgegeben hat. **Innensenator Michael Neumann:** „Ich freue mich, dass es auch in diesem Jahr wieder gelungen ist, zahlreichen Menschen eine Bleibeperspektive zu geben.“ Hamburg unterstütze zudem auf Bundesebene Initiativen, die faktisch gut integrierten Ausländern im Status der Duldung ein Bleiberecht eröffnen sollen.

3. Rückführungen

Im Jahr 2011 wurden 445 Personen zurückgeführt, 2010 waren es 451 Personen. 221 Rückführungen erfolgten aus Abschiebe- oder Strafhaft (darunter 89 Straftäter). **Innensenator Michael Neumann:** „Nicht alle Menschen, die nach Deutschland kommen, können auch hier bleiben. Wir müssen sicherstellen, dass diejenigen, denen im Rahmen einer Einzelfallprüfung kein Bleiberecht gewährt werden kann, auch tatsächlich ausreisen.“

Die Hauptherkunftsländer der zurückgeführten Personen in 2011 waren:

Hauptherkunftsländer	Zahl der Personen
Serbien	88
Türkei	59
Mazedonien	36
Polen	32
Ghana	24

Rückfragen:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2673

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

sowie:

Behörde für Inneres und Sport, Einwohner-Zentralamt

Norbert Smekal, Tel.: 040 – 42839-2403

E-Mail: pressestelle@eza.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/eza

2. Februar 2012/bsb02

Schulentwicklungsplan 2012 beschlossen: Deputation bestätigt Vorschläge der Schulbehörde

Die Deputation der Schulbehörde hat am 01.02.2012 nach einer langen und konstruktiven Diskussion die Vorschläge der Behörde bestätigt und den Schulentwicklungsplan 2012 beschlossen. Schulsenator Rabe: „Es freut mich, dass der mehrmonatige Beteiligungsprozess mit Eltern, Schulen und Bezirken jetzt mit breiter Unterstützung abgeschlossen werden konnte. So ist eine gute Basis dafür geschaffen, dass die Weiterentwicklung der Schulen in Hamburg in den nächsten Jahren ohne Konflikte und in Ruhe umgesetzt werden kann. Denn nach den vergangenen Auseinandersetzungen brauchen Hamburgs Schulen wieder Verlässlichkeit und Klarheit.“

Die Schuldeputation, der 15 fachkundige Bürgerinnen und Bürger angehören, hatte in den Monaten seit Vorlage des Referentenentwurfs einen Ausschuss gegründet, der alle Stellungnahmen aus den Schulen, Schulkreisen, den schulischen Kammern und den Bezirken herangezogen und sich um viele einzelne Fragen gekümmert hat. Schulsenator Rabe bedankte sich für diese sehr aufwändige ehrenamtliche Arbeit aller Beteiligten, die an vielen Stellen in den nun beschlossenen Plan eingeflossen ist.

Insgesamt werden in den nächsten Jahren zwei Gymnasien, eine Stadtteilschule, 3 Stadtteilschul-Zweigstellen und eine Grundschule neu gegründet. Keine Hamburger Schule wird geschlossen. Auch kleine Grundschulen, vor allem in den ländlichen Bereichen von Harburg und Bergedorf, bleiben erhalten. Hamburgs allgemeine Schulen werden sich somit künftig gliedern in

- 191 **Grundschulen** mit den Klassenstufen 1 bis 4 sowie Vorschulklassen und 13 Grundschulangebote an Stadtteilschulen
- 56 **Stadtteilschulen**, davon
43 Schulen mit den Klassenstufen 5 bis 13 sowie
13 Schulen mit Vorschulklassen und den Klassenstufen 1 bis 13
- 61 **Gymnasien** mit den Klassenstufen 5 bis 12

Insbesondere sind folgende Entscheidungen getroffen worden:

- Die geplante **Stadtteilschule Rissen** soll auf dem Gelände des Gymnasiums Rissen gebaut werden, weil die bereits vorhandenen Raumkapazitäten jetzt bereits höher sind und der nötige Ausbau für beide Schulformen an diesem Standort einfacher zu realisieren ist.
- Die **Schule Am See (Steilshoop)** bekommt als Stadtteilschule eine Bestandsgarantie für weitere 4 Schuljahre auch für den Fall, dass die Mindestanmeldezahlen dort nicht erreicht werden. Auf Basis einer Machbarkeitsstudie wird in Kürze über den zukünftigen Standort dieser Schule entschieden.
- Im Hinblick auf die am Standort Humboldtstraße 89 (Uhlenhorst) vorgeschlagene **Stadtteilschul-Zweigstelle der Heinrich-Herz-Schule (Barmbek)** wurden die bereits vorgeschlagenen Planun-

gen bestätigt. Eine Einbeziehung des Standortes Averhoffstraße in die Schulplanungen des Stadtteils wird geprüft.

- Die Schule **Slomanstieg (Veddel)** bleibt als neue Stadtteilschule erhalten, weil sie durch die Kooperation mit einem weltweit führenden Kupferproduzenten benachteiligten Schülerinnen und Schülern eine klare Perspektive bietet.

Hintergrund:

Wegen wachsender Schülerzahlen werden einige neue Schulen gegründet bzw. Schließungspläne zurückgenommen. So soll im Zuge des Wohnungsbaus eine neue Grundschule und ein neues Gymnasium in der Hafencity zu gründen. Im Kerngebiet von Eimsbüttel wird in der Christian-Förster-Straße bereits zum kommenden Schuljahr 2012/13 ein neues Gymnasium den Schulbetrieb aufnehmen. In Kirchwerder soll die von Schließung bedrohte Grundschule als Teil der Stadtteilschule bestehen bleiben, in Steilshoop und auf der Veddel die von Schließung bedrohten bzw. geschlossenen Stadtteilschulen erhalten bleiben. Darüber hinaus sollen in Rissen, Uhlenhorst und Harburg Zweigstellen von Stadtteilschulen eingerichtet werden, die sich perspektivisch zu eigenen Stadtteilschulen entwickeln können. In Meiendorf soll sogar eine neue Stadtteilschule gegründet werden.

Grundlage der Planungen sind wachsende Schülerzahlen. Die Bevölkerungsprognose des Statistikamtes Nord und die darauf aufbauende Schülerprognose der Behörde zeigen, dass bis 2022 mit insgesamt leicht ansteigenden Schülerzahlen zu rechnen ist (+ 3,7% gegenüber 2011). Die Planung berücksichtigt darüber hinaus das Anwachsen der Zahl der Schulklassen durch kleinere Klassengrößen, längere Schulbesuchszeiten durch stärkeren Besuch von Vorschulklassen und Oberstufen, einen deutlichen Ausbau von Ganztagsangeboten und neue Herausforderungen im Bereich der Inklusion.

Besondere Herausforderungen stellt die Schulentwicklung an den Schulbau. An zahlreichen Schulen müssen Erweiterungen und Neubauten vorgenommen werden, um Platz zu schaffen für wachsende Schülerzahlen, mehr Schulklassen, Kantinen und neue Ganztagsangebote. Zugleich müssen sehr viele Schulgebäude saniert werden.

Im Einzelnen sieht der neue Schulentwicklungsplan Folgendes vor:

Grundschulen

Insgesamt sind 204 Grundschulstandorte mit durchschnittlich 3,2 Parallelklassen geplant: 191 selbständige Grundschulen und 13 Grundschulangebote an Stadtteilschulen. Es soll keine Grundschule geschlossen werden, stattdessen soll eine neue Grundschule in der Hafencity (Baakenhafen) gegründet werden. Aus regionalen Gründen werden sieben kleine Standorte mit nur einer Klasse pro Jahrgang zugelassen: Neuland, Cranz, Neuwerk, Altengamme, Kirchwerder, Fünfhausen-Warwisch, Mittlerer Landweg. Die größten Grundschulen mit je sechs Parallelklassen sind Mümmelmansberg, Stengelestraße, Elbinselschule, Grumbrechtstraße, Altonaer Straße und Fridtjof-Nansen-Schule.

Stadtteilschulen

Insgesamt sind 56 Stadtteilschulen mit durchschnittlich 5,6 Parallelklassen geplant: 49 Stadtteilschulen sollen am eigenen Standort Oberstufen führen, sieben im Verbund an einer benachbarten Stadtteilschule. 13 Stadtteilschulen sind Langformschulen von Klasse 1 bis 13. Die größten Stadtteilschulen sind Harburg mit neun Zügen sowie Niendorf, Julius-Leber-Schule, Heinrich-Hertz-Schule und Gyula-Trebitsch-Schule mit je acht Zügen. Vier Stadtteilschulen sollen perspektivisch komplett neu

gebaut werden oder in andere Gebäude umziehen: Kurt-Tucholsky-Schule (Neubau auf dem früheren Güterbahnhofsgelände in Altona), Lurup (Neubau vor Ort), Stadtteilschule am See (s.o.), Goosacker (Umzug).

Mit den Stadtteilschulen Meiendorf und Slomanstieg (Veddel) sollen zwei neue Stadtteilschulen gegründet werden. Drei große Stadtteilschulen werden kleinere Zweigstellen gründen, die langfristig Eigenständigkeit erlangen können: Rissen (Stadtteilschule Blankenese), Uhlenhorst (Stadtteilschule Heinrich-Hertz-Schule) und Harburg-Maretstraße (Stadtteilschule Harburg). Die Stadtteilschule am See“ in Steilshoop wird trotz niedriger Anmeldezahlen weiterhin als Stadtteilschule geführt, um ein Angebot in Steilshoop zu sichern. Hier soll zügig eine bauliche und konzeptionelle Neugestaltung erfolgen, um die Schule attraktiver zu machen und die Anmeldezahlen verbessern.

Gymnasien

Insgesamt sind 61 Gymnasien geplant, darunter zwei neue Gymnasien an Standorten mit großer Schülernachfrage: ein Gymnasium in der Christian-Förster-Straße in Hoheluft-West und ein Gymnasium in der Hafencity. An zahlreichen Gymnasien sind größere Bau- und Sanierungsmaßnahmen vorgesehen, unter anderem sollen Charlotte-Paulsen-Gymnasium und Matthias-Claudius-Gymnasium (beide Wandsbek) an ihren Standorten erweitert werden. Ein durchschnittliches Gymnasium hat 4,1 Parallelklassen pro Jahrgang. Hamburgs größte Gymnasien sind laut Planung die Gymnasien Lohbrügge (sechs Züge), Christianeum, Ohmoor und Grootmoor (je 5,5 Züge). Drei Gymnasien kooperieren in der Oberstufe mit Stadtteilschulen.

Der beschlossene Schulentwicklungsplan wird in Kürze unter www.hamburg.de/schulentwicklungsplan vollständig im Internet veröffentlicht.

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de,

Internet: www.hamburg.de/bsb

2. Februar 2012/bsb02a



Programm „Fit durch die Schule“ wird fortgesetzt

Behörde für Schule und Berufsbildung und AOK Rheinland/Hamburg unterzeichnen Vereinbarung – Handballstar Pascal Hens gibt den Startschuss

Auf Hamburgs Schülerinnen und Schüler warten Spaß auf mehr Sport in der Schule und das Erlebnis neuer Sportarten und Bewegungsangebote. Denn die Initiative „Fit durch die Schule“ der Behörde für Schule und Berufsbildung und der AOK Rheinland/Hamburg an der Elbe geht weiter. Hamburgs Bildungssenator Ties Rabe und AOK-Vorstandsmitglied Rolf Buchwitz stellen im Rathaus die Vereinbarung zur Weiterführung bis zum Ende des Schuljahres 2013/2014 vor.

„Fit durch die Schule“ fördert Bewegung und Sport in der Schule außerhalb des Unterrichts und will Jungen und Mädchen für den Vereinssport interessieren. Dazu stellt die AOK Rheinland/Hamburg für den Projektzeitraum 250.000 Euro zur Verfügung. Als Unterstützer ist Pascal Hens, langjähriger Kapitän der Handball-Nationalmannschaft und des amtierenden deutschen Handballmeisters HSV Hamburg, aktiv.

Ziel der gemeinsamen Initiative ist es, Schülerinnen und Schüler durch den Spaß an der Bewegung zu motivieren, regelmäßig Sport zu treiben. So soll der Sport zum positiven Begleiter in ihrem Alltag werden.

Unter dem Motto „Lernen braucht Bewegung“ fördert die Initiative „Fit durch die Schule“ seit 2009 kreative Projekte von Schulen, die Schülerinnen und Schülern durch Bewegungsangebote zusätzlich Gelegenheit zu Bewegung geben. Bisher nehmen in Hamburg 40 Schulen mit 45 Projekten teil. Weitere werden ab dem Schuljahr 2012/2013 hinzukommen. Die Angebote reichen vom Lauftraining über Tanzen bis zu Zirkusakrobatik.

Bildungssenator Ties Rabe: „Bewegung, Spiel und Sport fördern die körperlich-motorische, aber auch die emotionale und – wie Studien eindrucksvoll belegen – auch intellektuelle Entwicklung der Persönlichkeit. Das Programm ‚Fit durch die Schule‘ bietet Schulen neue Möglichkeiten – gerade im Hinblick auf den weiteren Ausbau von Ganztagschulen. Hier übernehmen Bewegungsaktivitäten eine wichtige integrative Gestaltungsfunktion.“

Durch „Fit durch die Schule“ wird zusätzlich eine enge Zusammenarbeit der Schulen mit einem oder mehreren externen Partnern, besonders Sportvereinen, gefördert.

Rolf Buchwitz, Mitglied des Vorstands der AOK Rheinland/Hamburg: „Leider macht uns die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen Sorgen. Die Zahl der Kinder mit Übergewicht und Haltungs-

schäden wächst. Deshalb ist das Engagement für die gesundheitliche Prävention bei Kindern und Jugendlichen eine gute Investition. Die Schulen in Hamburg können durch ihre Beteiligung einen wichtigen Beitrag leisten, wenn es darum geht, früh die Grundlagen für ein gesundes und aktives Leben zu vermitteln. Besonders möchten wir die Schülerinnen und Schüler für Aktivitäten in Vereinen interessieren.“

Pascal Hens, langjähriger Kapitän der deutschen Handball-Nationalmannschaft und des Bundesligisten HSV Handball: „Wenn wir ehrlich sind, ist Schule doch ganz schön harte Arbeit, die nach einem Ausgleich verlangt. Was bietet sich da besser an als Sport, insbesondere Sport in der Mannschaft und im Verein?! Da erlebt man nicht nur den nötigen Ausgleich vom Schulalltag, sondern auch die Fairness untereinander, die in jeder Lebenssituation gelten sollte. Außerdem kann mal so richtig Dampf ablassen, und dabei lernen, sich und seinen Körper zu kontrollieren. Bewegung macht einfach Spaß, vor allem nach einem langen Arbeitstag, auch in der Schule.“

Die Schulen und die AOK schließen eine Vereinbarung über die Durchführung der zu fördernden Projekte ab. Fördermittel der AOK Rheinland/Hamburg von bis zu 5.000 Euro fließen direkt an die jeweilige Schule.

Die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen gewinnt aufgrund des demografischen Wandels zunehmend an Bedeutung. Deshalb wird sich die AOK in Hamburg zukünftig gemeinsam mit Kooperationspartnern, wie z. B. dem amtierenden deutschen Handballmeister HSV, verstärkt in diesem Feld engagieren.

Die AOK Rheinland/Hamburg startete die Initiative „Fit durch die Schule“ in Hamburg im Jahr 2010. Jetzt ist die Fortsetzung bis Mitte 2014 gesichert.

Für Rückfragen der Medien

Thomas Bressau
stellv. Pressesprecher der
Behörde für Schule und Berufsbildung
Tel: (040) 4 28 63 – 2005
E-Mail: thomas.bressau@bsb.hamburg.de
Internet: www.hamburg.de/bsb

André Maßmann M.A.
Pressesprecher der
AOK Rheinland/Hamburg
Tel. (0211) 8791 1262
E-Mail: andre.massmann@rh.aok.de
Internet: www.aok.de/rh

03.02.2012/kb02



Kreativ Gesellschaft vermittelt Flächen im ehemaligen Finanzamt Altona **Zunehmend mehr Räume für Kreative in Hamburg**

Die Kreativ Gesellschaft hat zum 1. Februar im ehemaligen Finanzamt Altona (Große Bergstraße) 530 Quadratmeter im zweiten Obergeschoss angemietet und vermietet diese nun raumweise an 16 Einzelakteure und Gruppen aus der Kreativwirtschaft für eine Dauer von drei Jahren weiter. Die Kreativ Gesellschaft hat zusätzlich zur Anmietung der eigenen Etage auch Mieter aus der Kreativwirtschaft für zwei weitere Etagen des ehemaligen Finanzamts vermittelt.

Die Nachfrage nach Flächen in dieser Lage ist groß. Alle Mieter wurden innerhalb nur weniger Tage gefunden. Die Mieter kommen aus verschiedenen Bereichen der Kreativwirtschaft, so sind darunter z.B. Modedesigner, bildende Künstler, Fotografen und Theateragenturen.

Nachdem die Kreativ Gesellschaft im November 2011 bereits Hauptmieter für ein Objekt der öffentlichen Hand auf dem Mediacampus Finkenau geworden ist und dies an 15 Akteure der Kreativwirtschaft untervermietet hat, ist das ehemalige Finanzamt Altona nun die zweite größere Immobilie, die die Gesellschaft anmietet, um sie an Kreativschaffende weiterzuvermitteln. Die Kreativ Gesellschaft trägt in der Rolle des Hauptmieters das Risiko des Mietausfalls, steht für die Kautions ein und organisiert eine Untervermietung auch einzelner Räume. Damit macht sie Objekte für die Kreativwirtschaft zugänglich, bei denen der Vermieter Risiko und Mühe einer kleinteiligen Vermietung scheut.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Die Stadt braucht dringend mehr Räume für Kreative, wenn sie im Wettbewerb der Metropolen attraktiv bleiben will. Die Kreativ Gesellschaft konnte allein 2011 rund 7.000 qm an Kreative vermitteln. Damit wird sie zu einem immer wichtigeren Ansprechpartner für die Kreativwirtschaft in Hamburg.“

Egbert Rühl, Geschäftsführer der Hamburg Kreativ Gesellschaft: „Es kommt weiter Bewegung in die Nutzung von Leerständen. Wir können in Hamburg immer häufiger auch bei Objekten der öffentlichen Hand Zwischennutzungen organisieren. Mit der Finanzbehörde und der SpriAG finden wir zunehmend gute Lösungen, um Kreativen günstige Flächen in Hamburg anzubieten. Dies kann auch für viele private Vermieter beispielhaft sein.“

Für Rückfragen:

Jenny Kornmacher, Kreativgesellschaft
Tel. 040 – 879 798 610, Jenny.Kornmacher@kreativgesellschaft.org

Enno Isermann, Pressestelle der Kulturbehörde
040 / 42824 – 207, enno.isermann@kb.hamburg.de

02. Februar 2012/kb02a

Veranstaltungsreihe „Kreativ arbeiten. Mit Perspektiven!“

Nordländer machen sich gemeinsam stark für die Kreativwirtschaft

Vertreter der Kreativwirtschaft aus den drei Bundesländern Hamburg, Mecklenburg Vorpommern und Schleswig-Holstein tauschen sich am kommenden Montag gemeinsam über die Perspektiven der Kreativwirtschaft und die Möglichkeiten der norddeutschen Zusammenarbeit aus. Hierzu wird Hamburgs Kulturstaatsrat Dr. Nikolas Hill am 06. Februar in Lübeck einen Impulsvortrag zur Bedeutung der Kreativwirtschaft halten und an der Abschlussdiskussion teilnehmen. Die Veranstaltung wird organisiert vom Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes und findet am **06.02.2012 in den media docks Lübeck (Willy-Brandt-Allee 31a) von 9:30 bis 18:00 Uhr** statt.

Zentrale Fragen der bundesweiten Reihe „**Kreativ arbeiten. Mit Perspektiven!**“ des Kompetenzzentrums sind: Wie kann ich von meiner kreativen Arbeit leben? Wie können sich die Akteure der Kultur- und Kreativwirtschaft noch besser vernetzen? Wie kann das Potenzial der Branche an verschiedenen Standorten stärker gefördert werden? Kreative Unternehmen, Freiberufler oder Gründer tauschen sich im Rahmen der Veranstaltung mit regionalen und überregionalen Experten zu wichtigen Themen der Kultur- und Kreativwirtschaft, wie **Finanzierung, Vernetzung, Marktzugänge, Akquise und lokale Kreativwirtschaft**, aus und diskutieren anhand von Praxisbeispielen über ihre Erfahrungen und Perspektiven.

Kulturstaatsrat Dr. Nikolas Hill: „Damit unsere Gesellschaft auf lange Sicht zukunftsfähig ist, muss sie den klugen Köpfen die Möglichkeiten und die Räume geben, die sie brauchen, um möglichst frei und kreativ arbeiten zu können. Voraussetzung hierfür ist zum einen die Bereitschaft aller Beteiligten, die eingefahrenen Denkmuster aufzugeben und zum anderen eine stärkere Vernetzung der Akteure untereinander. Die Veranstaltung des Kompetenzzentrums Kultur- und Kreativwirtschaft für die norddeutschen Länder leistet einen wichtigen Beitrag für diesen notwendigen Austausch.“

Als Gäste sprechen unter anderem **Magdalena Bössen**, die mit ihren **textouren** den Titel Kreativpilotin 2011 erhielt, **Professor Michael Soltau**, Leiter der Medienwerkstatt an der Universität Greifswald und **Karsten Wenzlaff vom ikosom Institut für Kommunikation in sozialen Medien** Berlin. Vertreten ist zudem **Cloudsters Lübeck**. Das Netzwerk wurde im Rahmen der Jahreskonferenz der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung als Bewegungsmelder 2011 ausgezeichnet. **Dr. Tamara Zieschang, Staatssekretärin** im Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, spricht ein Grußwort.

Das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein unterstützt die Veranstaltung.

HINTERGRUND

Das **Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes** bietet gewerblich und freiberuflich tätigen Kulturunternehmer/innen und Kreativen eine Plattform auf Bundesebene, mit deren Hil-

fe sie sich informieren und vernetzen, sowie ihre besonderen Bedürfnisse in die Kultur- und Wirtschaftspolitik einbringen können. Damit setzt das Kompetenzzentrum mit seinen acht Regionalbüros die Empfehlungen der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung um. Zum direkten Kontakt vor Ort bieten die regionalen Ansprechpartner/innen in bundesweit 80 Städten kostenfreie Orientierungsberatungen an, organisieren szenenahe Netzwerkveranstaltungen und vieles mehr.

Weiterführende **Informationen** finden Sie hier:

www.kultur-kreativ-wirtschaft.de

www.rkw-kompetenzzentrum.de/kreativ

Für Rückfragen:

Enno Isermann

Pressestelle der Kulturbehörde

040 / 42824 – 207

enno.isermann@kb.hamburg.de

Frank Lemloh,

Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes,
Ansprechpartner für Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein

Tel.: 0151-26467283; E-Mail: lemloh@rkw-kreativ.de

03. Februar 2012/kb03

Elbphilharmonie: Landgericht Hamburg erklärt Klageantrag für zulässig

Gericht klärt Schadenersatzanspruch der Stadt gegen Hochtief

Mit seiner heutigen Entscheidung hat das Landgericht Hamburg die Klage der Stadt gegen die Adamanta auf Schadenersatz wegen der Verzögerung im Bau der Elbphilharmonie für zulässig erklärt. Damit ist das Gericht dem Hauptbegehren der Stadt gefolgt und hat die Voraussetzung für eine Klärung der Verantwortlichkeiten für die Verzögerung auf der Baustelle Elbphilharmonie geschaffen.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Wir sind zufrieden mit der Entscheidung des Gerichts, da wir der Auffassung sind, dass für die Verzögerung und die dadurch entstandenen Mehrkosten das Bauunternehmen Hochtief verantwortlich ist. Diese Frage ließ sich leider außergerichtlich nicht klären. Das Gericht hat nun den Weg für eine gerichtliche Klärung frei gemacht.“

Die ReGe Hamburg hatte letztes Jahr die bis dahin aufgelaufenen Bauzeitverlängerung gutachterlich prüfen lassen und Hochtief eine dreimonatige Bauzeitverlängerung zugebilligt. Für die darüber hinaus gehende Bauzeitverlängerung sieht die Stadt die Verantwortung bei Hochtief.

Heribert Leutner, Geschäftsführer der ReGe: „Ich hoffe, dass Hochtief diese Entscheidung zum Anlass nimmt, die noch ausstehenden Ausführungsplanungen in einem Guss abzuschließen. Um weitere Verzögerungen zu vermeiden, haben wir diese Woche erneut Hochtief den aktuellen Stand des fortlaufenden Planabstimmungsprozesses übermittelt. Mit diesen fortlaufenden Planungen haben wir die Grundlage geschaffen, damit Hochtief ohne weiteren Zeitverzug die Elbphilharmonie zügig weiter planen und bauen kann.“

Für Rückfragen:

Enno Isermann
Pressestelle der Kulturbehörde
040 / 42824 – 207
enno.isermann@kb.hamburg.de

Terminkalender

Vom 6. Februar bis 12. Februar 2012

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 06.02.2012

- 10:00** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt den **finnischen Außenminister, Erkki Tuomioja**, zum Antrittsbesuch.

Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt teil.
- 10:30** BallinStadt, Auswanderermuseum Hamburg, Veddeler Bogen 2
Senator Detlef Scheele spricht bei der Prämierung des **Schüler- und Migrationsprojekts der BallinStadt**, „Nimm deine Heimat mit in die Ferne“, ein Grußwort.
- 12:00** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt den **russischen Botschafter, Vladimir M. Grinin**, zum Antrittsbesuch.
- 13:15** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt den **norwegischen Außenminister, Jonas Gar Støre**, zum Antrittsbesuch. Anschließend findet um 13:30 im Turmsaal ein Senatsfrühstück statt.

Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt teil.
- 15:45** Media Docks Lübeck, Willy-Brandt-Allee 31a
Staatsrat Dr. Nikolas Hill hält **einen Impulsvortrag bei der Veranstaltung: „Kreativ arbeiten mit Perspektiven!“** des Kompetenzzentrums Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes für die Region Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein.
- 16:30** Rathaus, Großer Festsaal
Bürgermeister Olaf Scholz hält anlässlich der **14. Einbürgerungsfeier** eine Rede.

Senator Detlef Scheele nimmt teil.
- 17:00** Finanzbehörde
Staatsrat Jens Lattmann eröffnet die **18. Ausstellung „Kunst im Gange“** mit einem Grußwort.
- 19:00** Berlin, Landesvertretung, Jägerstraße 1-3
Staatsrat Wolfgang Schmidt spricht ein Grußwort anlässlich der **Vorführung des Films „The Art of Love“**, der beim Filmfest Hamburg 2011 den Foreign Press Award gewonnen hat.
- 19:00** Ehemaliges Ohnsorg-Theater, Große Bleichen 30
Staatsrat Michael Sachs nimmt an der **Eröffnungsdiskussion des Zukunftscamp der ZEIT-Stiftung** teil.

20:00 Deutsches Schauspielhaus, Kirchenallee 39
Senatorin Prof. Barbara Kisseler besucht das **Konzert von „Ulrich Tukur & die Rhythmus Boys“**.

Dienstag, den 07.02.2012

16:00 Rathaus, Bürgermeistersaal
Staatsrat Wolfgang Schmidt hält einen **Vortrag anlässlich des Seminars für Sicherheitspolitik 2012 (Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Berlin)**, für Teilnehmer, die im Rahmen ihrer Studienreise „Maritime Sicherheit“ die Stadt Hamburg besuchen.

18:00 Bucerius Law School, Jungiusstr. 6
Senator Dr. Peter Tschentscher spricht auf der **Veranstaltung „Perspektiven 2012“ des AGA Unternehmensverbandes** ein Grußwort.

Mittwoch, den 08.02.2012

09:30 QUO VADIS 2012/Heuer Dialog in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft, Hotel Adlon Kempinski, Berlin
Staatsrat Michael Sachs nimmt am **Panel zum Thema „Urbanes Wohnen: mehr als ein Stimmungsmacher“** teil.

13:30 Restaurant „Ni Hao“, Wandsbeker Zollstraße 25 – 29
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt am **festlichen Diner des Hongkong Trade Office**, anlässlich des „Chinese New Year“ teil.

14:15 Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt den **Präsidenten der Republik Botsuana, Seretse Khama Ian Khama**, zum Antrittsbesuch.

17:00 Dorothee-Sölle Haus, Königstraße 54
Staatsrätin Elke Badde nimmt am **Ersten Hamburger Demenzgespräch** teil.

18:00 Berlin, Leipziger Str.
Senatorin Schiedek nimmt an der Sitzung des **Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat** teil.

Donnerstag, den 09.02.2012

09:00 Behörde für Inneres und Sport
Senator Michael Neumann begrüßt die Teilnehmer des **Seminars für Sicherheitspolitik von der Bundesakademie für Sicherheitspolitik**.

10:30 Hotel Grand Elysee, Rothenbaumchaussee 10
Bürgermeister Olaf Scholz hält anlässlich der **„Hamburger IT Strategietage 2012“** eine Rede.

12:00 Übersee-Club, Neuer Jungfernstieg
Staatsrat Michael Sachs nimmt an der **Gesprächsrunde der Hamburger Immobilienverbände** teil.

17:00 Berlin, Landesvertretung, Jägerstraße 1-3
Staatsrat Wolfgang Schmidt empfängt eine **Delegation der schwedischen Gewerkschaft „KOMMUNAL“** zum Gespräch.

18:00 Polizeipräsidium, Kantine
Staatsrat Volker Schiek nimmt am **Klönschnack 2012 der Polizei** teil.

- 18:00** Lufthansa Technik AG, Weg beim Jäger 193
Staatsrat Michael Sachs nimmt am **Gespräch der Hamburger Runde** teil.
- 19:00** Berlin, Landesvertretung, Jägerstraße 1-3
Staatsrat Wolfgang Schmidt spricht ein Grußwort anlässlich **der szenischen Lesung mit Michael Batz zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus mit dem Titel „Sonderbehandlung nach Abschluss der Akte – Die Hamburger Gestapo und „ihre“ Ausländerangelegenheiten“**.
- 19:00** Patriotische Gesellschaft, Trostbrücke 6
Senator Detlef Scheele nimmt am **Jahresempfang der Stadtmission Hamburg** teil.

Freitag, den 10.02.2012

- 09:30** Berlin, Bundesrat
Bürgermeister Olaf Scholz, Senator Dr. Peter Tschentscher, Senatorin Jana Schiedek und Staatsrat Wolfgang Schmidt nehmen an der **892. Plenarsitzung des Bundesrates** teil.
- 10:00** Offiziersheim der Clausewitz-Kaserne, Manteuffelstraße 20
Senator Michael Neumann, Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek und Staatsrat Jens Lattmann nehmen an einer **Sicherheitspolitischen Informationsveranstaltung „Führungsakademie 2012“** teil.
- 13:00** Rathaus Norderstedt
Staatsrätin Elke Badde spricht ein Grußwort anlässlich des **Symposiums „Aktuelle Konzepte der Altersmedizin“** des Klinikums Nord.
- 13:30** TK-Bildungszentrum, Hohe Heide 1, 21376 Salzhäusen
Senator Michael Neumann nimmt teil am **Seminar Kirche und Polizei**, bei dem sich Vertreterinnen und Vertreter von Kirche und Polizei zum Gedankenaustausch treffen.
- 19:00** Hamburger Kunsthalle, Glockengießerwall
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht anlässlich der **Ausstellungseröffnung von „Louise Bourgeois: Passage Dangereux“** ein Grußwort.

Sonntag, den 12.02.2012

- 10:00** Universität Hamburg, Hörsaal A, Edmund-Siemers-Allee 1
Staatsrätin Elke Badde spricht ein Grußwort zum **Informationstag Brustkrebs 2012** des Mammazentrums, Krankenhaus Jerusalem.
- 11:00** Moorburger Elbdeich 249
Senatorin Jutta Blankau spricht ein Grußwort anlässlich der **Eröffnung der Ausstellung „Bilder und Filme zur Flutkatastrophe 1962 Waltersdorf - Altenwerder – Moorburg“** des Elbdeich e. V.
- 11:00** Landesvertretung der FHH in Berlin, Jägerstr. 1 – 3
Senatorin Prof. Barbara Kisseler lädt zum **„Hamburger Filmbrunch“ anlässlich der 62. Internationalen Filmfestspiele Berlin 2012** ein.

Staatsrat Dr. Nikolas Hill und Staatsrat Wolfgang Schmidt nehmen teil.